

wert: So erfährt der geneigte Leser unter anderem, dass man in manchen Gegenden Deutschlands nicht etwa "Glück", sondern "Torkel" hat (962); dass "jmdn. schikanieren" (im Militärjargon) auch als "jmdm. den Klabustermarsch orgeln" (456) umschrieben werden kann; oder dass mit "Plüsch und Plümwowski" (686) "verblichene Pracht" gemeint ist. Zum anderen aber führen die Herausgeber sehr häufig chinesische Idiome (in der Regel viersilbige *chengyu*) als Entsprechungen für deutsche Redensarten an – auch das ein wichtiger Unterschied zu den meisten anderen Wörterbüchern, die sich in der Regel auf inhaltliche Umschreibung beschränken. Für alle, die z.B. ihren schriftlichen Ausdruck im Chinesischen vervollkommen oder gebildete Chinesen beeindruckt werden wollen, stellt dieses Buch ein ergiebige Reservoir dar. So werden beispielsweise für "auf etwas pfeifen" (674) und "jeder blamiert sich, so gut er kann" (87) nicht weniger als vier idiomatische Wendungen auf Chinesisch angegeben; "vom Saulus zu Paulus" (774) wird mit "*tuotai huangu*" nicht nur treffend, sondern auch elegant umgesetzt; und sogar für die Zustandsbeschreibung "high" (382) findet sich eine wohlklingende Entsprechung: "*shenzi huanghu*".

"Klarer Fall" (186): Dieses Wörterbuch ist definitiv kein "Schmutz und Schund" (809) für "geistige Kleingärtner" (461), sondern "allererste Sahne" (768) – "auf Ehre!" (155)

Thilo Diefenbach

**Friedrich Ebert Foundation et al.**  
**(Hrsg.): Autonomy for Papua. Opportunity or Illusion?**

Jakarta, o.D., 203 S., ohne Preisangabe

Der von der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem West Papua Netzwerk und Watch Indonesia! herausgegebene Sammelband dokumentiert die Vorträge und Diskussionen der gleichnamigen Tagung, die vom 4.-5. Juni 2003 in Berlin mit breiter Unterstützung kirchlicher

Organisationen stattfand. Ziel der Konferenz war die Evaluierung des vom indonesischen Parlament verabschiedeten und seit 2002 gültigen Gesetzes, das der östlichsten Provinz Papua (bis 2000 Irian Jaya, im Volksmund eher als West Papua bezeichnet) sowie Aceh den Status einer Sonderautonomie zusichert. Gefragt wurde, inwieweit das Gesetz bei, so die angenehme Ausgangslage, außer Frage stehender territorialer Integrität Indonesiens Perspektiven für eine Annäherung und Lösung des seit Jahrzehnten virulenten Konflikts in der Provinz offerieren und zudem eine Verbesserung der sozio-ökonomischen Situation und der Menschenrechtslage ermöglichen kann. Vertretern von Zivilgesellschaft, Universitäten, Parlamenten und Regierungen aus Jakarta, Papua, der Bundesrepublik und anderen Ländern sollte zudem ein Forum ermöglicht werden, in konstruktivem Dialog bestehende Auffassungen auszutauschen.

Von den thematisch breit gestreuten, relativ kurzen Beiträgen sollen hier Siegfried Zöllners Einführung und Resümee genannt werden, die auch den Hintergrund und den Verlauf der Tagung dokumentieren. Zudem der Aufsatz von Hans-Joachim Heintze, der die Vor- und Nachteile von Autonomieregelungen hinsichtlich der Umsetzung eines im Völkerrecht nicht fundierten Rechts auf Selbstbestimmung abwägt, in seiner strikten Ablehnung einer etwaigen Sezession aber zu dogmatisch verfährt (unter diesen dargestellten Voraussetzungen wäre eine Unabhängigkeit Ost-Timors bis heute undenkbar). Ernüchternd ist das historische wie aktuelle Bild der Menschenrechtslage, die in den Beiträgen von Neles Tebay und John Rumbiak zum Ausdruck kommt. Der Anhang des Bandes dokumentiert schließlich die für die Diskussion relevanten Gesetzespassagen in indonesischer und englischer Sprache.

Der Eindruck der Stellungnahmen vermittelt, dass das Gesetz zur speziellen Autonomie durchaus zu einer (wesentlichen) Verbesserung der Situation in Papua beitragen könnte, sollte es angemessen implementiert

werden. Hierfür sprechen die vorgesehene Etablierung einer Papuan People's Assembly (von Jakarta allerdings auf eine kulturelle Vertretung reduziert) und einer (keineswegs unabhängigen) Menschenrechtsorganisation sowie die gravierende Neuverteilung der finanziellen Ressourcen aus der Ausbeutung der Rohstoffe zu Gunsten der Entwicklung der Provinz. Als Haupthindernis einer Realisierung schält sich trotz aller offiziellen Bekenntnisse die fehlende Bereitschaft der indonesischen Zentralregierung heraus, eine Umsetzung des Gesetzes ernsthaft verfolgen zu wollen. Während in der Provinz das Gesetz als unzureichend oder gar als Hinhaltenakt angesehen wird, geht es der Zentralregierung scheinbar schon zu weit.

Mehr noch verdeutlicht der Sammelband die anhaltende Diskrepanz zwischen politischen Absichtserklärungen einer positiven Veränderung seitens Jakartas (und Berlins: die Einschätzung des Vertreters des Auswärtigen Amtes von einem möglichen Reformmodell an Autonomie ist durch die Gegebenheiten vor Ort auch nicht ansatzweise gerechtfertigt; vgl. S. 21) und der desillusionierenden und inakzeptablen Kontinuität an Fremdbestimmung, Repression und fehlender Entwicklung, welche die Lage in der früheren holländischen Kolonie seit über 35 Jahren kennzeichnet. Offensichtlich ist, dass ohne tatsächliche substanzielle Zugeständnisse der Zentralregierung hin auf eine angemessene eigenständige Ausdrucksweise und Repräsentation der einheimischen Bevölkerung, der Partizipation und Demokratisierung eine Loyalität der Bewohner gegenüber dem Staat Indonesien kaum zu erzielen sein wird, der Widerstand und auch das Thema Unabhängigkeit damit fort dauern werden. Erfolge bei der Verbesserung der Lebensbedingungen und der Menschenrechtslage, die Zurückdrängung von Militär und Korruption sowie die Beendigung der Straflosigkeit bei Rechtsbrüchen und damit die Wirksamkeit rechtsstaatlicher Prinzipien, alles Themen der Tagung, sind unabdingbar, sollen tatsächlich Fortschritte einer friedlichen Annäherung hin auf eine dauerhafte

nationale Integration erzielt werden. Auch wenn diese nur im Land selbst zu erreichen sind, bleibt die ergänzende Rolle internationaler Akteure, die in dieser Tagung beispielhaft zum Ausdruck kommt.

Roland Seib